

Simburger Anzeiger

Ingleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goarshausen.

Veröffentlichungswort: täglich (nur werktags).
Kriegspreis: vierteljährlich 4.95 RM. ohne Postbefreiung.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24015 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Rabe,
Verlag und Druck der Firma Schindler & Co. Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespaltene 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 60 Pfg. Die 91 mm breite Reklamazeile 1.50 RM.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 66

Simburg, Montag den 22. März 1920

83. Jahrgang.

Kritische Lage in Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 19. März. Die Lage im Industriegebiet ist derart, daß nach Witterung des Düsseldorf-Wehrbezirks Truppen aus Bayern, Württemberg und Schlesien dorthin unterwegs sind. Das große Gefängnis in Ratingen wurde von den Kommunisten gestürmt und alle Gefangenen befreit. In Düsseldorf wird der Generalstreik infolge des Terrors der Kommunisten und Unabhängigen fortgesetzt. Die durch den Rückzug der Truppen von den Straßen und Plätzen geschaffene Lage benutzten die Linkstendenzen, um Waffen und Munition nach Düsseldorf einzuführen. Der Telefonverkehr mit Essen und Gelsenkirchen ist völlig unterbrochen, so daß Nachrichten nur auf Umwegen herankommen. In dem westfälischen Orte Buer wurde die Polizei durch die Arbeiterschaft entlassen, die sich mit den Waffen versah. Der D-Zug Berlin-Düsseldorf ist heute mittag angefahren in Düsseldorf angelangt.

Düsseldorf, 19. März. Die vom Wuppertal anrückenden bewaffneten Arbeiter wurden in der Gegend von Weltmann und Heilighaus durch Reichwehrruppen des Korps Bülow aus Remscheid aufgehalten. Düsseldorf selbst ist noch fest in der Hand der regierungstreuen Truppen.

Duisburg, 19. März. Essen ist in der Hand der Kommunisten. Nach Kämpfen in der Umgebung von Essen trat der Polizeipräsident mit den von Dortmund anrückenden Arbeitern in Verhandlungen und erzielte, daß die 700 Mann starke staatliche Sicherheitswehr mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen abzurufen konnte. Die Stadt wurde darauf den Kommunisten übergeben. — Das Freikorps Schulz aus Mülheim (Ruhr) ist nach Weisel abgerückt, wo sich auch die anderen Truppen sammeln. Der Mob stürmte nach dem Abzug der Truppen die Mülheimer Kaserne.

Entwaffnung einer Reichwehrruppe durch die Engländer.

Köln, 20. März. Die internationalisierte Rheinlandschlacht teil mit 1500 Mann und ein General der Reichswehr haben gestern das britische Besatzungsgebiet betreten. Die Truppen sind entwaffnet und unter britische militärische Bewachung gestellt worden, da dieses Vorgehen im Gegensatz zu Artikel 4 der Verordnung 3 der internationalisierten Rheinlandschlacht steht. Hierzu ist zu bemerken, daß es sich nicht um ein freiwilliges Betreten des britischen Besatzungsgebietes handelt. Beim Sturm auf die Stadt Remscheid wurden die Regierungstruppen von der Uebermacht der Kommunisten zurückgedrängt und mußten schließlich das britische Besatzungsgebiet betreten. Die Truppen wurden von der britischen Besatzung in Empfang genommen, nach Solingen gebracht, hier entwaffnet und in Schulen und Wirtschaften untergebracht. Unter den Internierten befindet sich der größte Teil des 7. Jägerbataillons.

Truppenkonzentration.

Berlin, 21. März. Nach Meldungen aus dem Rheinland und Westfalen werden die Regierungstruppen auf der Linie Weisel-Rünster-Paderborn gesammelt und neu aufgestellt.

Weiteres Blutvergießen.

Berlin, 19. März. (WZ.) Die Moabiter Wache meldete gestern abend: Heute spät nachmittags wurden zwölf Angehörige der Tiergarten-Kompagnie des Schützenregiments Groß-Berlin, Offiziere und Mannschaften, auf dem Kaiser-Walden-Platz in Schöneberg von einer bewaffneten Menge getötet. Die Reichswehrsoldaten sollten nach Abgabe ihrer Waffen von der Sicherheitspolizei in einem Lastauto abtransportiert werden, nachdem ihnen freies Geleit zugesichert worden war; sie wurden aber auf dem Auto von der Menge angegriffen. Der sich daran anschließende Kampf zwischen Sicherheitsbeamten und der Menge wurde zugunsten der Sicherheitsbeamten entschieden.

Breslau, 19. März. (WZ.) Das Freikorps Auslod wurde bei seinem Abmarsch, der entsprechend den Vereinbarungen begann, heute mittag auf der Schweidnitzerstraße in beidseitiger Weise durch Feuer aus den Häusern überfallen. Die Truppen legten sich zur Wehr und schüßten in die Straße. Es kam dabei zu einer längeren Schießerei. Die Verluste sind noch nicht festgestellt. Das Generalkommando II nannte in der Lage, das bereits begonnene Herausziehen der Truppen aus der Stadt heute nacht fortzusetzen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

Berlin, 21. März. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Abzug der Baltikumtruppen.

Berlin, 19. März. Die Baltikumtruppen haben heute gegen ihre Bivak in Charlottenburg abgezogen und sind in der Richtung nach Döberitz weiter marschiert. Reste an Baltikumtruppen sind in Panzerautos in einzelnen Stadtteilen noch zurückgeblieben und beunruhigen die Bevölkerung mit wilden Schießereien.

Schwere Kämpfe in Leipzig.

Leipzig, 19. März. (WZ.) Bei den zwischen Vertretern der Arbeiterschaft und den Militärbehörden in der Nacht zum Donnerstag gepflogenen Verhandlungen wurden keine Einigungen getroffen, um den Frieden in Leipzig wiederherzustellen. Die Arbeiter nahmen jedoch die Vereinbarungen, in 12 Uhr wieder den Kampf. Hierauf befahl der Stadtkommandant Scharf v. Pöhlitz der 19. Reichswehr-Brigade einen Einmarsch in die Stadt, um den bedrängten Zeitfreiwilligen Regiment zu Hilfe zu kommen und verhängte den allgemeinen Besatzungsstand. Die Kämpfe dauerten den ganzen Donnerstag bis spät nachts an. Die Arbeiter bauen überall Barrikaden. Ein Militärflugzeug warf am Nach-

mittag Bomben auf den Johannisplatz. Ein anderes Flugzeug, das Erkundigungen vornehmen sollte, wurde von den Arbeitern abgeschossen. Die hauptsächlichsten öffentlichen Gebäude: Hauptpost, Bahnhof und Rathaus befinden sich heute früh noch in den Händen der Zeitfreiwilligen. Das Gebäude der Niederländischen Lebensversicherungsgesellschaft, das in die Hände der Arbeiter gefallen war, wurde von den Truppen zurückerobert. Die Verluste in den Kämpfen sollen außerordentlich groß sein, man spricht von Hunderten von Toten und Verwundeten.

Rückkehr der Ordnung in Düsseldorf.

Düsseldorf, 19. März. (WZ.) Der Generalstreik ist beendet; die Arbeit ist wieder aufgenommen. Auch der Eisen-Die Zahl der Opfer des gestrigen Tages beträgt, soweit bisher bekannt, 17 Tote, 43 Schwer- und 21 Leichtverletzte.

Bleibt Noske?

Stuttgart, 19. März. (WZ.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, entsprechen die Meldungen über den Rücktritt des Reichswehrministers Noske nicht den Tatsachen.

Stuttgart, 19. März. (WZ.) Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung nach eingehender Aussprache gegen wenige Stimmen beschlossen, daß der Reichswehrminister Noske auf ihren dringenden Wunsch auf seinem Posten zu verbleiben habe.

Stuttgart, 19. März. (WZ.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, war Abgeordneter Scheidemann zu seinem Vortritt gegen Noske in der Sitzung der Nationalversammlung in Stuttgart von seiner Fraktion nicht ermächtigt worden. Bereits in der Fraktionssitzung am 17. März gab die überwiegende Mehrheit der Fraktion der Meinung Ausdruck, daß ungeachtet mancher Fehler der Vergangenheit niemand so wie Noske in der Lage sei, die politischen Schwierigkeiten der Gegenwart zu überwinden.

Ausschluß Winnigs aus der sozialdemokratischen Partei?

Berlin, 19. März. Nach den aus Königsberg eingelaufenen Nachrichten ist Oberpräsident Winnig wegen seiner zweifelhaften Haltung gegenüber der Rappregierung aus der sozialdemokratischen Partei ausgestoßen worden.

Ein Aufruf General v. Seckts.

Berlin, 19. März. Generalmajor von Seckt erläßt folgenden Aufruf: Die Reichswehrtruppen sind fest in der Hand ihrer Führer. Sie stehen ebenso wie die Sicherheitspolizei geschlossen unter meinem Befehl hinter der verfassungsmäßigen Regierung. Ich habe auf Weisung der Regierung den Oberbefehl in Berlin und im Bereich des Reichswehrgruppen-Kommandos I (Brandenburg, Sachsen-Volksturm u. Provinz, Ostphälren, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, sowie Pommern, Schleßen, Ost- und Westpreußen) übernommen.

Wählt zwischen Ordnung und Unruhe!

Ein deutlicher Wink des Obersten Rates.

Berlin, 19. März. (WZ.) Der englische Geschäftsträger überreichte dem Botschafter Schiffer heute eine Note, des Inhalts, daß der Oberste Rat beschlossen habe, jede Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Deutschland einzustellen, wenn in Deutschland eine monarchistische oder Räteregierung ausbräche.

Die Entente und die Kommunisten.

Duisburg, 19. März. Die Entente-Kommandanten aus den besetzten Gebieten haben sich in Mainz bei General Foch und dem amerikanischen General Wilson zur Beratung eingefunden über die Maßnahmen, die eventuell gegen die kommunistische Bewegung im Ruhrrevier zu treffen sind. In Mainz, Koblenz und Aachen sind Güterzüge mit Panzerautos eingetroffen.

Eupen, 19. März. Zu angeblichen Schießungen wurden auf dem Schießplatz Eupen 7000 Mann belgische Truppen ausgeladen. Es handelt sich jedoch um Vorsichtsmaßnahmen gegenüber den kommunistischen Unruhen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Verschiedene Abteilungen dieser Truppen sind bereits nach der Rheingegend entsandt worden.

Gladwünsche der alliierten Geschäftsträger.

Berlin, 19. März. Der englische, italienische und belgische Geschäftsträger haben im Laufe des Vormittags den Botschafter Schiffer besucht, um der Regierung für die rasche Beilegung der sogenannten „Regierung“ Rapp ihre Gladwünsche auszusprechen. Dabei wurde betont, daß die Ententevertreter in keinerlei Verbindung mit den Putzschritten, sondern durchaus auf Seiten der verfassungsmäßigen Regierung gestanden hätten. Man hoffe nunmehr, daß auch die neue durch die Fortdauer des Generalstreiks hervorgerufene ernste Krise zugunsten des demokratischen Gedankens baldig überwunden würde, denn was Deutschland nottue, seien Ordnung und Arbeit. Der englische Geschäftsträger Lord Rotherford fügte hinzu, daß nach seiner Ansicht die Gewährung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Krediten überhaupt nur möglich sei, wenn im Innern Deutschlands verfassungsmäßige Zustände herrschten, und daß alle derartigen Lieferungen nicht in Frage kommen könnten, wenn Ruhe und Ordnung, von welcher Seite dies auch sei, gestört würden.

Aus dem bayerischen Landtag.

München, 18. März. (WZ.) In der heutigen Vollversammlung des bayerischen Landtags teilte Vizepräsident Königshausen mit, daß Präsident Schmidt zurückgetreten sei. Die Präsidentenwahl werde morgen vorgenommen. Hierauf gab Ministerpräsident von Raue bekannt, daß er den bis-

herigen Minister von Frauendorfer zum Verkehrsminister ernannt habe. An die Spitze des Programms der neuen Regierung, sagte der Ministerpräsident, stelle er das Bekenntnis zum Festhalten an der Landesverfassung. Es habe für die bayerische Regierung keinen Augenblick des Zweifels gegeben können, daß die treue und unverbrüchliche Wahrung der Reichseinheit Lebensbedingung und Wille aller deutschen Stämme sei. Die Regierung stehe dabei in vollem Einklang mit der Reichswehr, Polizeiwehr und Einwohnerwehr. Auch die Arbeiterschaft sei im Bewußtsein der Verantwortung zur allgemeinen Freude zur Arbeit zurückgekehrt. In Südbayern seien keine erheblichen Störungen des öffentlichen Lebens eingetreten. In Hof habe sich ein Aktionsausschuß gebildet. Die Volkswehr habe in Erwartung der Reichswehr Schützengraben ausgehoben. Die Einwohnerwehren in der Umgebung von Hof seien teilweise entwaffnet. Derliche Unruhen lägen auch in Hof vor. Hierauf stellte der Vizepräsident Königshausen fest, daß der ganze bayerische Landtag unverrückbar auf dem Boden der Reichs- und Landesverfassung stehe.

Rapp.

Dr. Rapp ist seines Postens als General-Landschaftsdirektor vom stellvertretenden Oberpräsidenten in Ostpreußen entbunden worden.

Das Verfahren gegen Rapp und Genossen.

Berlin, 19. März. Der Oberreichsanwalt bei dem Reichsgericht in Leipzig hat das Verfahren gegen die Mitglieder der sogenannten Regierung Rapp, insbesondere gegen Herrn Rapp selbst, gegen die General von Lüttwitz, gegen Herrn von Jagow und die anderen bereits eingeleitet.

Die Kapitulationsverhandlungen.

Berlin, 20. März. Ueber die Verhandlungen, die dem Rücktritt des Generals Lüttwitz vorausgingen, erfährt man zuverlässig folgendes: Die Verhandlungen wurden eingeleitet vom Reichsrat, als dessen Vertreter Herr v. Falkenhäuser mit dem Hauptmann Pabst v. Oheim verhandelte. An diesen Besprechungen nahm auch der Botschafter Schiffer teil, allerdings nicht in seiner persönlichen Eigenschaft, sondern als Parlamentarier und Privatperson. Auch die Gewerkschaften wurden zu den Verhandlungen herangezogen, ebenso nahm Eisenbahnminister Doser daran teil. Die Verhandlungen dehnten sich die ganze Nacht vom Dienstag bis Mittwoch aus. Dann begannen neue Verhandlungen, zwischen den Parlamentariern, und zwar zwischen Hergt für die Deutschnationalen, Dr. Stresemann für die Deutsche Volkspartei, Trimborn für das Zentrum und Gothein von den Demokraten. Auch Finanzminister Dr. Siedel wohnte diesen Verhandlungen bei, aber seine Haltung war infolgedessen nicht ganz klar, als er die Sozialdemokratie nicht offiziell vertreten wollte. Zu diesen Besprechungen erschien plötzlich auch General von Lüttwitz. Schiffer, bei dem er sich gemeldet hatte, lehnte es aber ab, ihn zu empfangen. Er ließ ihm sagen, daß er nur bereit wäre, sein Rücktrittsgesuch entgegenzunehmen. Dazu aber wollte sich Lüttwitz nicht verstehen. Trimborn hob dann hervor, daß Lüttwitz zwar aus dem Amt scheiden, aber die Truppen noch aus Berlin herauszuführen sollte. Gegen dieses Kompromiß wandte sich besonders energisch der demokratische Abgeordnete Gothein. Von den Sozialdemokraten wurde die bedingungslose Kapitulation gefordert. Alle Versuche der Rappmänner, eine Annäherung für sich durchzusetzen, scheiterten. Die Entscheidung brachte dann am Mittwoch früh ein General und ein Oberst, die im Namen des Offizierskorps mitteilten, daß sie den Rücktritt von Lüttwitz fordern müßten, daß die Armee nicht hinter ihm stünde. Darauf entschloß sich dann Lüttwitz, sein Amt niederzulegen. Ein Versuch, der vorher gemacht wurde, einen Senatorenkonvent zusammenzubringen, der aus den Senatoren der Nationalversammlung und der Landesversammlung bestehen sollte, scheiterte. Für die Unabhängigen waren Adolf Hoffmann und Rosenfeld erschienen, aber die Rechte hielt sich zurück. Sowohl Hergt wie Stresemann standen auf dem Standpunkt, daß es zu der Besprechung eines Senatorenkonvents nicht kommen könnte, da ja die Nationalversammlung und die Landesversammlung aufgelöst wäre. Die beiden Rechtsparteien haben also das Dekret Rapps über die Auflösung als rechtmäßig und damit auch die Regierung als bestehend anerkannt. Diese Tatsache dürfte für die weitere Erledigung aller innerpolitischen Fragen von entscheidender Bedeutung werden. In der Tat haben alle Mehrheitsparteien mit aller Entschiedenheit beschlossen, keine Beziehungen zu den beiden Rechtsparteien aufrecht zu erhalten, die durch ihre Haltung zum mindesten stark kompromittiert wurden, auch wenn sie offiziell die Regierung dann abgelehnt haben. Bezüglich der Beziehungen zwischen der Rappregierung und den Unabhängigen steht fest, daß sowohl Lüttwitz wie Bauer gegen die Vertreter der alten Regierung die Hilfe der Unabhängigen ausgespielt haben. Oberst Bauer erklärte in einer der Besprechungen, er wäre bereit, mit den Unabhängigen gegen den Parlamentarismus zu gehen.

Aus der Vorgeschichte des Putzschs.

Berlin, 20. März. Ueber die Vorgeschichte des Putzschs wird noch berichtet, daß der Kriegsminister Generalmajor Reinhardt in der Kabinettsitzung vom Freitag zum Samstag der vergangenen Woche dafür eingetreten war, den meuternden Truppen bewaffneten Widerstand zu leisten, ebenso Noske. Reinhardt hat sich dafür verbürgt, daß die Truppen Gehorsam leisten würden. Als er mit diesem Standpunkt nicht durchdrang, legte er sein Amt nieder und ist bis jetzt noch nicht wieder in den Dienst zurückgekehrt. Nachträglich hat sich ferner herausgestellt, daß der bereits erteilte Befehl Reinhardts zum Widerstand von einem Offizier des Reichswehrministeriums, der mit den Meuterern im Bunde war, nicht weitergegeben worden ist.

Wer trägt die Schuld?

Die „Allniedliche Volkszeitung“ veröffentlicht ein Rundschreiben eines deutschnationalen Gutsbesizers in der Mark Brandenburg, das bereits unter dem 6. März einem höheren katholischen Beamten in Preußen zugesandt worden ist. In dem Rundschreiben heißt es: „Mitte oder Ende März beabsichtigt die deutschnationale Volkspartei eine Gegenrevolution. Es hat unser Verband als Arbeitgeberverband für die Landwirtschaft, auch wenn sie nur einen Viertel Morgen Land ihr eigen nennen, als Mitglieder aufzunehmen. Es sind dementsprechend in jedem Orte unseres Kreises Mitglieder und eine Anzahl Vertrauensleute vertreten. Sämtlichen Vertrauensleuten ist ein Schreiben unter „streng vertraulich“ zugegangen, worin sie 1. aufgefordert werden, dafür zu sorgen, daß die Landwirte in den Gegenstreik eintreten, insofern als sie sämtliche Lebensmittel während der Streikzeit der Stadtbevölkerung zurückhalten. 2. Schon jetzt die Mannschaften der Bürgerwehr für ihre Zwecke zu gewinnen versuchen, damit sie den Gegenangriff nicht zu fürchten brauchen.“

Parlamentarische Aufgaben.

Stuttgart, 19. März. (W.B.) Die Mitglieder der Nationalversammlung, die hier noch fast vollständig versammelt sind, traten heute vormittag im württembergischen Landtagsgebäude zu Fraktionsbesprechungen zusammen, in denen die politische Lage und die Möglichkeit der Rückkehr nach Berlin besprochen wurde. Ebenso wie die sozialdemokratische Fraktion beschäftigten sich auch das Zentrum und die Demokratische mit den Rücktrittsabsichten Noskes. Auch in diesen Fraktionen kam zum Ausdruck, daß man ein Verbleiben Noskes im Amt begrüßt, ja sogar wünschen würde. Wie wir weiter aus parlamentarischen Kreisen erfahren, rechnet man damit, daß nach Klärung der Lage in Berlin die Nationalversammlung in der nächsten Woche die Arbeiten wieder in Berlin aufnehmen kann. Es ist in Aussicht genommen, vor allem den Notetat vor dem 1. April zu erledigen und die Beamtenbesoldungsvorlage, sowie andere wichtige Gesetzentwürfe in die Ausschüsse zu bringen. In Zentrumskreisen ist man der Ansicht, daß die Wahlen noch vor der neuen Ernte stattfinden werden. Über die Rückkehr der Regierung nach Berlin sind bestimmte Beschlüsse bisher nicht gefaßt worden.

Amerika ratifiziert den Friedensvertrag nicht.

Washington, 19. März. (W.B.) Der Friedensvertrag ist vom Senat nicht ratifiziert worden, da die Resolution, die die republikanischen Vorbehalte enthält, die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit nicht erhalten hat. Senator Lodge schlug eine Resolution vor, die den Friedensvertrag an Wilson zurückverweist, da es unmöglich sei, ihn zu ratifizieren. Der Senat hat dieser Resolution zugestimmt, und Wilson das Nichtzustandekommen der Ratifikation des Vertrages im Senat mitgeteilt.

Amerikanischer Kredit?

New York, 17. März. Der Abgeordnete Smith beantragte im Bundeskongreß einen in drei Jahresraten zahlbaren Milliardenkredit für Deutschland. Er begründete seinen Antrag mit ähnlichen Hinweisen, wie von der „Frankfurter Zeitung“ im Hinblick auf die Verwendung des beschlagnahmten Eigentums gegeben. Auch wies er auf die Notwendigkeit der Förderung der amerikanischen Ausfuhr hin. Drappes schneller Sturz hat hier einen vorzüglichen Eindruck gemacht und wird die Frage der Kredithilfe fördern, wenn gleich jeglicher Optimismus betreffs der Will des Abgeordneten Smith fürs erste unangebracht erscheint. (Zstf. Ztg.)

Der Dank an Schleswig.

Stuttgart, 18. März. (W.B.) Von dem Herrn Reichspräsidenten und dem Reichsminister des Innern ist nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses in der zweiten Zone von Schleswig an den deutschen Kommissar in Flensburg folgendes Telegramm abgesandt worden: Staatskommissar Adler, Flensburg. Der Sieg der Treue, den die Deutschen von Schleswig in der zweiten Zone errungen haben, ist ein Lichtblick in dunklen Tagen. Auch in Rot und Gefahr haben die Deutschen in der Nordmark das alte Vaterland nicht verlassen. Ihre Kraft bleibt dem alten Vaterlande. Ihr Vertrauen gehört dem Deutschland der Freiheit und Ordnung. Sie haben dem gesamten deutschen Volke durch diese Belandung ihres Vertrauens in seine Zukunft einen großen Dienst geleistet. Der Reichspräsident spricht allen Deutschen, die mitgeholfen haben, den Dank des Reiches aus. Der Reichspräsident: gez. Ebert. Der Reichsminister des Innern: gez. Koch.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenstein.

16)

(Nachdruck verboten.)
„Prachtwoll! Rein, dieses alte, gelbliche Rotzhaus zwischen Blutbuchen und dunklen Kiefern — welche Farbenpracht! Welche Stimmung in dem Stück Wiese hier mit den zäunigen Weiden und dem Fluß als Hintergrund — und der Buchenbaum da im Sonnenlicht — sieh nur, Mama, wie träumerisch — das ist nicht bloß Natur — das sind gemalte Gedanken!“
So schwärmte sie durcheinander.

In Serenas Brust schwall ein Lachen an.
„Meinten die wirklich? Daß sie nicht mehr könne als das —? Sie empfand plötzlich, daß sie ganz andere Arbeiten schaffen würde, wenn erst der Druck von ihrer Seele genommen wäre.“

Die schwarzen Augen des Barons Sendthausen besteteten sich plötzlich mit noch feurigerer Bewunderung auf Serenas Gesicht als früher.

„Meine Gnädigste — alle Achtung! Dies sind nur Skizzen — wenn erst Ihre Bilder in die Öffentlichkeit dringen werden, wird die Welt zu Ihren Füßen liegen! — Ich tue es schon jetzt!“ sehte er leise mit einem tiefen Blick hinzu.

„Ich muß Sie küssen!“
Lajas wuschiger Kopf neigte sich zu Serena und ihre Arme umschlossen die schlank Gestalt der völlig Sprachlosen. Mrs. Flint strahlte.

„Bemerkst, Rinder Bernunft!“ sagte die Gräfin Peil dazwischen. „Jetzt laßt mich doch mal ruhig mit Frau Erler reden.“ Und sie nahm ihre großartigste Protektormiene an. „Also diese Skizzen, nicht wahr, die darf ich auf dem Bazar versteigern? Und Gustav hält eine Rede — n bist du geheimnisvoll — das zieht immer — dann legen wir los. Die Hälfte der Künstlerin, die Hälfte dem wohlthätigen Zweck — wie heißt doch der junge Mann, den wir in die Höhe bringen wollen, Petra?“

„Hans Kobler, Mama.“
„Kobler — richtig. Also erst die Skizzen, dann erst die Anstandsarten — ich garantiere, daß wir nachher reichend ab-

Das Wirtschaftsmanifest.

Bern, 19. März. (W.B.) Der Londoner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ schreibt in seinem Kommentar über das Wirtschaftsmanifest des Obersten Rates, die britische Regierung habe mit ihrem diplomatischen Erfolg über die französische Bedenken auch ihre innere Stellung verbessert. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß im Parlament eine groß angelegte Debatte über den Friedensvertrag unvermeidlich geworden wäre, bei der Asquith seine beispiellose große Erfahrung und Kenntnis der Probleme in den Dienst der Opposition gestellt haben würde. Diese Prüfung dürfte jetzt der Regierung wenigstens für die nächste Zukunft erspart bleiben.

Streikdrohung der Pfälzer „Freien Bauernschaft“

Zweibrücken, 19. März. Die „Freie Bauernschaft der Pfalz“ erklärte der Besatzungsbehörde und der Kreisregierung, sie werde in den Generalstreik treten, wenn bis 23. März die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben sei. Der „Bund der Landwirte der Pfalz“ erklärte sich mit diesem Vorgehen solidarisch. Von der Staatsanwaltschaft sind Gegenmaßnahmen ergriffen worden.

Zwangswirtschaft Sozialisierung.

Mannheim, 19. März. (W.B.) Arbeiter der bekannten hiesigen Armaturenfabrik von Bopp und Reuther wählten heute einen revolutionären Betriebsrat, setzten die Direktoren ab und wollen das Werk auf eigene Faust weiterführen. Ein großer Teil der Angestellten und Arbeiter ist mit dieser Umsturzbewegung nicht einverstanden.

Die Arbeit im Bergbau.

Essen, 19. März. (W.B.) Die Bergarbeiter folgen fast allgemein der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit. In folgenden Bergrevieren ist die Arbeit wieder voll aufgenommen worden: Reddinghausen-Ost, Bochum-Nord, Essen und Werden. Im Revier Oberhausen ist nur die Zeche Lohberg noch ausständig. Aus den anderen Revieren sind Ergebnisse zurzeit noch nicht festgestellt.

Eisenbahnerstreik in Polen.

Beuthen, 18. März. (W.B.) Nach hiesigen Nachrichten herrscht in ganz Polen ein Eisenbahnerstreik.

Heimsendung Gefangener aus Sibirien.

Bern, 19. März. (W.B.) Die japanische Regierung und die Regierungen der Semtows von Ostibirien haben nach einer Mitteilung an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Erlaubnis zur sofortigen Heimsendung aller österreichischen und ungarischen Kriegsgefangenen, die sich in russischen und japanischen Lagern der Küstengebiete befinden, erteilt. Die Zahl der Gefangenen wird auf 10 000 Mann geschätzt. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat ein Gesuch an den Völkerbund gerichtet, die nötigen Schritte zur Heimsendung der Kriegsgefangenen zur Verfügung zu stellen.

Sommerzeit in Oesterreich.

Wien, 18. März. (W.B.) Das Kabinett hat die Einführung der Sommerzeit vom 5. 4. bis 13. 9. 1920 beschlossen.

Eine Liebesgabe für Oesterreich.

New York, 17. März. (W.B.) Das Repräsentantenhaus hat einstimmig die Entsendung von fünf Millionen Kaffern Mehl im Werte von 150 Millionen Dollars für die Versorgung Oesterreichs, Polens und Armeniens beschlossen.

Französische Angst vor der deutschen Erholung.

Bern, 19. März. (W.B.) Wie der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet, macht sich in den Reihen der Deutschen in der französischen Kammer die Tendenz bemerkbar, gegen die Nachgiebigkeit der Londoner Konferenz gegenüber Deutschland zu protestieren. Die Kammer befürchtet, daß die Alliierten bei dem Bestreben der Demokratie in Deutschland zu Hilfe zu kommen, neue Schwachheiten begehen könnten.

Amsterdam, 19. März. (W.B.) Wie der „Telegraaf“ aus Washington meldet, sieht der im Repräsentantenhaus eingebrachte Gesetzentwurf betreffend den Deutschland zu gewährenden Lebensmittel- und Rohstoffkredit von einer Milliarde Dollars vor, daß das beschlagnahmte Vermögen deutscher Untertanen abzüglich der Entschädigungsansprüche amerikanischer Bürger als Sicherheit für die Anleihe verwendet wird. Die Waren, die Deutschland in erster Linie benötigt, sind Baumwolle, Weizen, kondensierte Milch, Fleischprodukte und Kaffee. Für die Vereinigten Staaten ist es

schon dafür haben. Sind Sie einverstanden, Frau Erler?“

„Wie sollte ich nicht, Frau Gräfin? Wenn Sie die Arbeiten nicht für zu unbedeutend halten.“

Die Gräfin nickte ihrem Neffen lächelnd zu.

„Neizend ist sie — was? Unbedeutend! — Aber —“

„Ich hab's, Mama, ich hab's, wenn Frau Erler ähnlich sieht!“ rief Laja. „Der Roxane von Sodoma!“

„Das herrliche Bild in der Villa Farnesina, das er für Agostino Elci malte: Alexanders Vermählung mit der Roxane.“

Sieh sie nur an: die sanften, märchenhaften Augen, die griechische Nase und der wunderschöne, weichgeschwungene Mund — gleicht sie nicht ganz der Roxane?“

Die Gräfin nickte.

„Du hast recht — Roxane! Ja, ja — und wist Ihr, was, Kinder? Der Name klingt nach was — den soll Frau Erler gleich als Künstlernamen behalten — Erler — das klingt ohnehin zu gewöhnlich. Was meinen Sie, meine Liebe?“

Serena kam nicht dazu zu antworten, denn der Diener meldete eben die Gräfin Jang an, und im nächsten Augenblick tauchte eine majestätische Erscheinung ins Zimmer. Nicht hinter ihr eine zweite, viel kleinere Dame mit rotblondem Pudelpöfchen und einem goldenen Vorgnon, das sie sehr fleißig gebrauchte.

„Die große Dame mit den grauen Locken und den strengen, schwarzen Augen ist Gräfin Jang, die kleine, welche Sie so ungeniert mustert, Baronin Alva. Beide vom Komitee, das sich gestern konstituierte: Tante Peil ist natürlich Präsidentin, Gräfin Jang Vizepräsidentin und die kleine Alva Schriftführerin. Offizieller Zweck: Wohltätigkeit für irgend einen Dingsda, den uns Petra besorgt hat.“

Baron Sendthausen flüsterte es Serena lächelnd zu. „Ich hab's das Blut ins Gesicht.“

„Und — Wohltätigkeit auch für mich!“ entfuhr es ihr unwillkürlich bitter.

Der Baron riß seine schwarzen Augen in maßlosem Erstaunen auf.

„Sie, Gnädigste? Was fällt Ihnen ein? Für Königinnen braucht man doch keine Wohltätigkeit zu tun. Es ist eine Ehre, Sie der Welt vorzustellen!“

wichtig, die Anleihe dieser Erzeugnisse aufrechtzuerhalten, die amerikanische Ausfuhr in den letzten drei Wochen um 70 Prozent zurückgegangen ist.

Eine Gewerkschaft der Geistesarbeiter in Frankreich.

Paris, 19. März. (W.B.) Gestern wurde in Paris eine „Gewerkschaft der Intellektuellen“ gegründet. Sie vertritt die Interessen der Männer und Frauen, die ihr Brot mit geistiger Arbeit verdienen.

Erdbebenkatastrophe.

Bern, 19. März. (W.B.) Wie das Georgische Nachrichtenbureau mitteilt, sind durch das letzte Erdbeben in Georgia Gori mit 30 000 Einwohnern und ebenso die benachbarten Dörfer vollständig zerstört worden. Die Zahl der Opfer wird auf 10 000 geschätzt.

Abrüstung in Italien.

Mailand, 19. März. (W.B.) Der „Secolo“ meldet, daß die Friedensstärke der italienischen Armee dem Programm des neuen Ministeriums auf 220 000 Mann herabgesetzt werde, die in 10 statt 15 Armeekorps eingeteilt würden. Die Dienstzeit werde auf acht Monate beschränkt.

Die Flotten Englands und Amerikas.

London, 18. März. (W.B.) Reuters. Long hat im Unterhaus das Flottenbudget ein. Er sagte, die Flotte müsse stark sein, um ihre Pflicht gegenüber dem Reich zu erfüllen. Es bestehe keine Flotte, die England ernstlich drohen könne. Nur die amerikanische reiche annähernd die englische heran. Er sei der Ansicht, daß den Flotten Englands und Amerikas ein Rüstungswettbewerb widerstehe. Wenn irgend ein Wettbewerb in Amerika bestehe, so habe er glaube er, daß sich dieser in der Richtung einer Verminderung der Flottenstärke beider Nationen, die denen anderer so weit überlegen sei, bewegen würde.

Eine interparlamentarische Konferenz in Stockholm.

Stockholm, 18. März. Die schwedische interparlamentarische Gruppe hat alle anderen Gruppen zu einer Konferenz in Stockholm für den kommenden Sommer eingeladen. „Evensla Morgenbladet“ erzählt jetzt, daß die Franzosen und Belgier nur unter der Bedingung kommen wollen, daß den Deutschen der Zutritt verweigert werde. Da man den Skandinavien die Konferenz bei einem Ausschluß der Deutschen als überflüssig ansieht, soll sie auf das nächste Jahr verschoben werden, falls die Franzosen und Belgier an der Konferenz festhalten.

Eisenbahnerstreik in Spanien.

Madrid, 19. März. (W.B.) Die Eisenbahner erklären, daß, wenn die Regierung kein Mittel zu ihrer Gehälter zu erhöhen, sie nächsten Montag auf dem Streik den Generalstreik proklamieren würden.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 22. März. 1920

(—) Eisenbahn-Personalien. Der Vorsteher Eisenbahn-Werkstättenamts b. Limburg, Herr Bildt, zum Regierungs- und Baurat ernannt. — Verlegt zum 1. April der Vorstand des Eisenbahnmachinistenamts b. Limburg, Herr Regierungs- und Baurat Reutenen, nach zum Zentralamt. An dessen Stelle tritt Herr Reg. und Baurat Kempf von Rattowitz.

Ein unglaublich dreister Diebstahl, wie wir erfahren, am Donnerstag, den 11. März, im Garten des Herrn Baumstulbesizers Strodzi aus. Nachdem sich am Morgen Herr Strodzi zu einer Reise an die Bahn begeben hatte, erschienen zwei Diebe und verlangten von den Nachbarn des Gartens den Schlüssel, der ihnen anvertraut war, mit der Begründung, sie als Arbeiter des Herrn Heppel beauftragt, die zu gelassene jungen Obstbäume zu holen. Sie wollten eine schriftliche Bescheinigung vorweisen. Dann grub sorgfältig die Spalter-, Pyramiden- und Hochstämmen und luden sie auf eine in der Nachbarschaft unter Hinter von 100 Mark geliebene Karre und fuhren davon. Einer Weile holten sie die zweite Karre und ließen sorgfältig ausfortierten Schwämme unter den Stämmen zurück. Und das alles in aller Gemütsruhe. Die Eigentümer müssen mit den Verhältnissen vertraut gewesen sein, denn genau gewußt haben, wann Herr Strodzi abreiste. Gelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben, die die nötigen Mitteilungen entgegennimmt.

Die Gräfin hatte mit den Komiteedamen geflüstert, die Skizzen gezeigt und auf Serena gewiesen. Jetzt sie ihrem Schatzling zu.

„Hier, meine Damen, die Künstlerin: Roxane, wahren Namen verrate ich nicht — es schwebt ein Geheimnis darüber.“

Biellagendes Lächeln. Gräfin Jang nickte gnädig.

Lorgnon der Baronin richtete sich neugierig auf.

Wieder schloß Serena das Blut ins Gesicht.

Mehr aus Aergern denn aus Scham. Wozu diese?

Man sprach sehr gnädig mit ihr, sie antwortete aber kurz. Nein, sie sei nicht Witwe. Und ihr Mann nicht in Wien. Und sie besitze keine Verwandten, die sie sich schließen könne.

„Um so besser,“ erklärte die Gräfin Peil, „müssen frei sein!“

Nach und nach fanden sich eine Menge Gäste ein, die sich so ungeniert gebärdeten, als seien sie in Hause — was aber alle nur selbstverständlich schien, ein paar hübsche, junge Mädchen, zwei Pandys und zwei hübsche Frauen, eine schwarze und eine hellblonde Russin.

Es war spät geworden, und die Gäste brachten Baron Sendthausen ließ es sich nicht nehmen, und Serena sollten sich durchaus von ihm in seinem mobil nach Hause fahren lassen.

Um kein Aufsehen zu machen, willigte man ein, obwohl es Serena peinlich war.

Was sie wohl in Schloßstadt sagen würden, mich jetzt sehen könnten!“ dachte Serena, sich mit blauen Atlasfäden zurücknehmend. Und plötzlich eine namenlose Sehnsucht nach der kleinen, stillen, Es fehlte wenig, und sie wäre in Tränen ausgebrochen — Richard — Richard — o wenn er —

„Baron Sie schon im Künstlerhaus, gnädig, fragte der Baron an ihrer Seite. „Die Skizzen prachtwoll — ich glaube, wir hatten seit Jahren wertvolle.“

„Ich war noch nicht dort.“

(Fortsetzung)

Von der Post. Wertbriefe jeder Art nach Thüringen (Freistaat) und Provinz Sachsen, Schlesien, Berlin-Ost und gesamter Durchgang ab Berlin nördlich und östlich werden nicht angenommen.

Beratung der handwerklichen Genossenschaften. Die Handwerkskammer Wiesbaden teilt uns mit: Für die zuständige sachverständige Beratung und Unterstützung der handwerklichen Genossenschaften hat die Handwerkskammer zu Wiesbaden eine Beratungsstelle errichtet, und die Beratung dem Herrn Rößler, Abteilungsvorstand bei der Vereinsbank zu Wiesbaden, Mauritiusstraße 71, übertragen. Herr Rößler steht den bauwerklichen Genossenschaften werktäglich von 9-1 Uhr vormittags und von 3-5 Uhr nachmittags zur Verfügung. Wir empfehlen den Genossenschaften, sich in allen Fragen ihrer genossenschaftlichen Geschäftsführung an unseren genannten Beauftragten zu wenden.

Wiesbaden, 18. März. Das fünfzigjährige Jubiläum der hiesigen Baugewerkschule wird wegen des Heiligen Sonntags nicht am 10. und 11. April, sondern eine Woche später, am 17. und 18. April feierlich begangen.

Kranke, 18. März. Nachts von Posten angekommen. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch fuhr ein Mann mit einem Kastenwagen an der Kaserne in Bonames vorbei. Da die Leute auf mehrfachen Anruf der ausgestellten Posten nicht antworteten, gaben die Soldaten mehrere Schüsse ab. Die beide auf dem Fahrwerk sitzenden Leute wurden schwer verletzt. Sie wurden in die Kaserne verbracht, und in ärztliche Behandlung genommen. Der 30-jährige Heinrich Hed starb kurz darauf, während der zweite noch in Lebensgefahr schwebt.

Wiesbaden, 18. März. In dem laufenden städtischen Etat ist ein Fehlbetrag von 85 Millionen Mark zu decken. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, zu der heute erhobenen Einkommensteuerquote von 337,5 Prozent einen Zuschlag von 135 Prozent zu erheben; der Gesamtschlag beträgt demnach 472,5 Prozent. Für Errichtung eines Volkshochhauses hat die Stadt ein 14 Morgen großes Terrain am Walde „Unter den Eichen“ kostenlos zur Verfügung gestellt. Zwei Stiftungen Wiesbadener Bürger in Höhe von je 50.000 Mark bilden den Grundstock für diese Einrichtung.

St. Goerhausen, 18. März. (Zucht) Haus für die Sammelkinder. Der Bergmann Wilhelm Rappus aus Weisel hatte einem Kollegen und zwei dortigen Landwirten je einen Hammel im Gesamtwert von 1000 Mark aus dem Stalle geholt und abgeschlachtet. Die Staatsanwaltschaft nahm den Dieb in eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und einen Monat.

Geschichte

Schwurgericht. Heute, 18. März, wurde gegen den 29-jährigen Arbeiter Otto Leicher aus Waldbach wegen Strahentaub verhandelt. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Am Abend des 4. Januar d. Js. befanden sich mehrere junge Burschen aus Breitscheid und Waldbach, darunter auch der Angeklagte, bei der Tanzmusik in GutsMuths-Hain. Im Laufe des Abends hatte der Angeklagte bemerkt, daß der Arbeiter Reinhard Lupp aus Breitscheid viel Geld in seiner Westtasche hatte. Als Lupp kurz vor 11 Uhr abends seinen Heimweg antrat, folgte ihm der Angeklagte ohne Hut. Kurz vor Breitscheid hörte Lupp, daß eine Person hinter ihm her komme, er blieb stehen, da er annahm, es sei sein Freund, welcher mit ihm nach GutsMuths-Hain gegangen war. Möglicherweise erhielt er von hinten mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er benommen und zu Boden stürzte und liegen blieb. Der Angeklagte, welcher seinen Kopf links angezogen und sich ein Papier als Larve vor das Gesicht gebunden hatte, kniete sich nun auf Lupp und nahm ihm seine Westtasche mit 76 Mark weg. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage unter Zustimmung mildernder Umstände. Das Urteil lautete wegen schweren Raubs auf 1 Jahr Gefängnis.

Schwurgericht vom 19. März. Heute wurde verhandelt gegen den Maurer Johann Heinrich Schmidt aus aus Weisel wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Der Angeklagte war seit Frühjahr vorigen Jahres bei der hiesigen Stadt als Arbeiter beschäftigt. Am 22. Dezember vor. Jz. geriet er bei der Arbeit mit dem Arbeiter Edmund Hecker von Oberbreiten in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Hecker dem Angeklagten einen Schlag mit seiner Schippe versetzte. Hierauf schlug der Angeklagte mit seiner Schippe dem Hecker darauf auf den Kopf, daß dieser benommen und zu Boden stürzte. Als Hecker bereits am Boden lag, versetzte ihm der Angeklagte noch einen zweiten Schlag. Am 2. Januar d. Js. verstarb Hecker an den Folgen der erhaltenen Verletzung. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, bejahten dagegen die Frage nach gefährlicher Körperverletzung unter Zustimmung mildernder Umstände. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Gottesdienstordnung für Limburg.

Katholische Gemeinde.

Dienstag, 7 1/2 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Paul Beinhart. 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Josef Benedikt Hilz und dessen Ehefrau Josefine geb. Hill. 8 Uhr im Dom Exequienamt für Theodor Tepp.

Mittwoch 7 1/2 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Kaufmann Hermann Josef Schmidt und dessen Tochter Johanna Gollhofer. 8 Uhr im Dom Jahramt für Maria Verberich und Großeltern. Nachm. 5 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

Donnerstag: Fest Maria Verkündigung. 7 Uhr in der Friedhofskapelle hl. Messe für Katharina Müller. 8 Uhr im Dom feierl. Amt zu Ehren der hl. Mutter Gottes.

Freitag 7 Uhr hl. Messe in der Kreuzkapelle. 7 1/2 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Georg Böhm. 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Wilhelm Koch, seine Ehefrau, Eltern Großeltern und Verwandte. Abends 8 Uhr in der Stadtkirche Fastenandacht mit Predigt.

Sonntag 7 1/2 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Kaufmann Josef Böhl. 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Jakob Zimmermann und Ehefrau Anna geb. Pflumm. 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Louis Hilz. Um 4 Uhr nachm. Gelegenheit zur hl. Beichte.

Ämtlicher Teil.

(Nr. 66 vom 22. März 1920.)

Anstelle des Bürgermeisters a. D. Wagner in Einter, der sein Amt freiwillig niedergelegt hat, habe ich den Bürgermeister Friedrich Kees zum stellvertretenden Vorsitzenden des Schulvorstandes für Einter ernannt.

Limburg, den 19. März 1920.

Der Syndrat.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Nach § 18 der Dienstanweisung für die Gemeindevorstände vom 2. Februar 1898 werden die Gemeindevorstände nach Ablauf des Rechnungsjahres (1 April) noch einen halben Monat offen gehalten, um diejenigen Einnahmen und Ausgaben, welche noch dem alten Rechnungsjahr angehören, aber aus irgend welchen Gründen erst nach Ablauf desselben geleistet werden, noch für das alte Rechnungsjahr buchen zu können. Am 15. April werden die Bücher endgültig abgeschlossen und das Ergebnis wird sogleich in die Rechnungsbücher des neuen Jahres übertragen. Nach dem 15. April darf in die abgeschlossenen Bücher nichts mehr eingetragen werden.

Als bald nach dem Bücherabschluss ist nach § 24 der genannten Dienstanweisung auf Grund des abgeschlossenen Handbuchs eine vorläufige Nachweisung der im abgelaufenen Rechnungsjahre bei jedem Einnahme- und Ausgabe-Titel vorgenommenen Zahlungen aufzustellen und dem Bürgermeister bzw. dem kollektialistischen Gemeinderat zur Durchsicht und Bescheinigung der Richtigkeit vorzulegen.

Die Nachweisung, zu welcher das durch meine Verfügung vom 12. März 1903, Nr. 141, vorgeschriebene Formular zu verwenden ist, ist in zweifacher Ausfertigung aufzustellen, ein Exemplar dem Handbuch anzufügen und das andere bis längstens 1. Mai bestimmt mit dem Haupt- und Handbuch und der Kontrolle hierher einzureichen. Die bei den einzelnen Einnahmetiteln etwa vorhandenen Rückstände sind in einer Summe anzugeben. Bezüglich der Beibehaltung der Rückstände mache ich noch besonders auf meine Verfügung vom 9. Dezember v. Js. Nr. 129, Kreisblatt Nr. 287, behufs genauer Beachtung aufmerksam. Ich weise noch besonders darauf hin, daß die Bücher ordnungsmäßig abgeschlossen werden müssen. Die Kontrolle ist ebenfalls in allen Titeln aufzuarbeiten, die Titelsummen müssen zusammengestellt und aufaddiert werden und muß dann der Kontrollabschluss mit dem Haupt- und Handbuchabschluss in der „Sollspalte“ genau übereinstimmen.

Limburg, den 16. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

A. N. 1127.

Kreisweineversicherung.

Nachstehend wird der vom Kreisausschuß gemäß § 20 des Reglements für die Kreisweineversicherung für das Jahr 1920 festgesetzte Entschädigungstarif bei Verlusten von Schweinen veröffentlicht.

Der Tarif bleibt derselbe wie im Vorjahr. An Entschädigungen werden gezahlt für das Kadavergewicht von:

Nr.	1-100 Pfd.	101-200 Pfd.	201-300 Pfd.	301-400 Pfd.	401-500 Pfd.	501-600 Pfd.	601-700 Pfd.	701-800 Pfd.	801-900 Pfd.	901-1000 Pfd.
1	98	27	20	44	53	35	—	79	45	92
2	196	28	21	—	54	35	56	80	46	20
3	294	29	21	56	55	36	12	81	46	48
4	392	30	22	12	56	36	68	82	46	76
5	490	31	22	68	57	37	24	83	47	04
6	574	32	23	24	58	37	66	84	47	32
7	656	33	23	80	59	38	08	85	47	60
8	742	34	24	36	60	38	50	86	47	88
9	826	35	24	92	61	38	92	87	48	16
10	910	36	25	48	62	39	34	88	48	44
11	980	37	26	04	63	39	76	89	48	72
12	1050	38	26	60	64	40	18	90	49	—
13	1120	39	27	16	65	40	60	91	49	28
14	1190	40	27	72	66	41	02	92	49	56
15	1260	41	28	28	67	41	14	93	49	84
16	1330	42	28	84	68	41	86	94	50	12
17	14	—	43	29	69	42	28	95	50	40
18	1470	44	29	86	70	42	70	96	50	68
19	1540	45	30	52	71	43	12	97	50	96
20	1610	46	31	08	72	43	54	98	51	24
21	1680	47	31	64	73	43	96	99	51	52
22	1750	48	32	20	74	44	38	100	51	80
23	1820	49	32	76	75	44	80	101	51	94
24	1876	50	33	32	76	45	08	102	52	08
25	1932	51	33	88	77	45	36	103	52	22
26	1988	52	34	44	78	45	64	104	52	36

Ferner v. 131—160 Pfd. f. jedes Pfd. ab 130 Pfd. = 28 Pf.

„ 161—200 „ „ „ „ 160 „ = 42 „

„ 201 „ „ „ „ 200 „ = 49 „

Für geschlachtete Schweine beträgt die Entschädigung für jedes Pfund Schlachtgewicht 50 Pf.

Die Versicherungsbeiträge betragen monatlich 30 Pfennig pro Schwein, für Zuchtschweine und Eber 50 Pfennig. Die Beiträge sind nur für die Monate zu zahlen, in denen die Schweine tatsächlich gehalten werden. Als Zuchtschweine sind alle gedeckten Schweine anzusehen vom ersten desjenigen Monats an, welcher auf den Monat folgt, in welchem das Schwein gedeckt wurde und bis zum Ende desjenigen Monats, welcher auf den Monat folgt, in welchem das Schwein geferkelt hat.

Limburg, den 16. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

Ausgabe der Fett- und Zuckerarten.

Am Mittwoch, den 24. März d. Js., nachmittags in der Zeit von 1-6 Uhr erfolgt die Ausgabe der Fett- und Zuckerarten in der Werner-Senger-Schule (Werner-Senger-Straße) in der gleichen Weise wie die letzte Brot- und Fleischartenausgabe.

Die Fettkarte ist für die Zeit vom 22. März bis 13. Juni 1920; die Zuckerkarte für die Monate April bis einschließlich Juli 1920. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Abschnitt 4 der letzten Zuckerkarte für den Monat März d. Js. keine Gültigkeit behält.

Als Ausweis bei der Ausgabe am kommenden Mittwoch dienen die Brotbücher. Es wird dringend gebeten, sämtliche Brotbücher mitzubringen, da sich die Zahl der auszugebenden Karten nach der Zahl der verausgabten Brotbücher richtet. Ohne Vorlage der letzteren werden keine Karten ausgegeben.

Weiter wird dringend gebeten, den Ausgabetermin einzuhalten, da das nachträgliche Abholen der Karten große dienstliche Schwierigkeiten verursacht. Ein nachträgliche Ausgabe der Karten kann nur noch in dringenden Ausnahmefällen erfolgen.

Limburg, den 20. März 1920.

10/66

Städtisches Lebensmittelamt.

Sitzung der Stadtverordneten zu Limburg (Lahn).

Sonntag, den 27. März 1920, nachmittags 4 Uhr findet eine Stadtverordneten Sitzung mit nachstehender Tagesordnung statt, wozu ergebenst einladet.

Limburg (Lahn), den 19. März 1920.

Der Stadtverordnetenvorsteher:
Flügel.

Tagesordnung:

1. Wahl von zwei Vertretern zum Kassauischen Städtetag.
 2. Bewilligung eines Zwölftels des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1920.
 3. Vorläufige Wetterbewilligung der Lfd. Teuerungszulagen des Rechnungsjahres 1919 an Beamte und Angestellte des Rechnungsjahres 1920.
 4. Nachzahlung von Beiträgen zur Ruhegehaltskasse zwecks Anrechnung früherer Dienstzeiten für mehrere Beamte.
 5. Festsetzung und Erhöhung des Bedarfszuschusses für die Mädchenfortbildungsschule.
 6. Festsetzung und Erhöhung des Bedarfszuschusses für die gewerbliche Fortbildungsschule.
 7. Erhöhung der Vergütung für Unterrichterteilung an der kaufmännischen Fortbildungsschule.
 8. Bewilligung von Mitteln für Kosten und Versicherung der Einwohnerwehr.
 9. Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins wegen Verzinsung der Anliegerbeiträge.
 10. Wahl eines Mitgliedes der Stadtverordnetenversammlung zum Wehrberatungsausschuß.
- Zur Vorprüfung einzelner Gegenstände werden eingeladen auf Donnerstag, den 25. März 1920, nachmittags 3 1/2 Uhr die Wahlkommission, nachmittags 4 Uhr die Finanz- und Schulkommission.

Holzverkauf.

Am 3. April 1. Js., nachm. 2 Uhr im Distrikt 3 Kirchbuden beginnend, verkauft die Gemeinde Weher ca. 45 Fhm. Kiefernstammholz 1—3. Kl. in guter Qualität bei guter Abfuhr.

Weher (Oberlahnkreis), den 18. März 1920.

5/65 Das Bürgermeisteramt.

Die neue Tabaksteuer kommt 1. April!

Decken Sie jetzt noch Ihren Bedarf in Tabak, Zigarren und Zigaretten.

Jedes Quantum wird abgegeben, soweit der Vorrat reicht. 3/62

Carl Rösch jr.,

Limburg, Telefon 238.

Papier-Abfälle,

Altpapier jeder Art

auch Zeitschriften, Bücher, Akten, Korrespondenzen usw. unter Garantie des sofortigen Einstampfens kaufen bei jedem Quantum zu hohen Preisen 3/56

Gebr. Goerlach,

Untere Grabenstr. 10.

Halt!

Keine zerfetzten Schuhe mehr! Kauft Euch Atlas-Schuhfitt, so ist jeder sein eigener Schuhmacher.

Am Dienstag, 23. März

kommt Jakob

zum Krammarkt bei dem Hotel „Zur Alten Post“ 4/65

Fleissige Mädchen

gesucht. 7/65

Waschanstalt Schneeweiss,

Limburg.

Leere Kisten

gut erhalten, größere Partie abzugeben. 17/65

Glafer & Schmidt
Limburg.

Feldhüter-Anzeigebücher mit Dienstanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformulare nach amtlicher Vorschrift zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Todes-Anzeige.



Heute morgen 8 Uhr entschlief sanft unsere innigstgeliebte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Karoline Hofmann Ww.

geb. Großmann

im Alter von 57 Jahren.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Kirberg, den 20. März 1920.

12/66

Die Beerdigung findet Dienstag den 23. März, nachmittags 2 Uhr statt.

Danksagung.

Für die erwiesene Teilnahme in unserem schweren Leide sagen Dank

3/66

Familie Adolf Greher

Familie Wilhelm Wittlich.

Dauborn, Kirberg den 19. März 1920.

In der Strafsache gegen den früheren Stulten Josef Zimmermann von Oberbreiten, geboren am 1. Oktober 1899 daselbst wegen Betrugs und Beamtenehehörung hat das Schöffengericht in Limburg (Bahn) in der Sitzung vom 5. März 1920 an welcher teilgenommen haben:

Gerichtsschreiber Dr. Erlanger als Vorsitzender, Landmann Wilhelm Jellmann in Naunheim und Schöffe Karl Müller in Limburg als Schöffen, Amtsanwalt Berg als Beamter der Staatsanwaltschaft, Amtsgerichtsassistent Rufe als Gerichtsschreiber für Recht erkannt:

Der Angeklagte ist des Betrugsverbrechens im Sinne der §§ 43, 263 Str.-Ges.-B. schuldig und wird deshalb zu einer Geldstrafe von 150 Mk. verurteilt, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle eine Gefängnisstrafe von 15 Tagen tritt.

Er ist weiter der öffentlichen Beamtenehehörung im Sinne der §§ 185, 196, 200 Str.-Ges.-B. schuldig und wird deshalb zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. Die Kosten des Verfahrens fallen ihm zur Last.

Dem Verurteilten wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung binnen 4 Wochen auf Kosten des Angeklagten je einmal im Limburger Anzeiger und Nassauer Boten bekannt zu machen

4/66

geg.: Dr. Erlanger.

Ausgefertigt: Zeuss, Aktuar.

Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Beschluß.

In der Konsolidationsache von Jahr — L. IV. 18 — wird gemäß § 6 des Gesetzes vom 4. August 1904 der Konsolidationsplan vom Jahre 1919 nebst Ausführungsbestimmungen und den Plannachträgen I und II für vollstreckbar erklärt.

8/66

Limburg, den 18. März 1920.

Kulturamt.

J. B. Dr. Blad,

Regierungs-Referent.

Der Plan über die Errichtung einer unterirdischen Telegraphenlinie am Neumarkt in Limburg (Bahn) liegt bei dem unterzeichneten Postamt von heute ab vier Wochen aus.

Limburg (Bahn), den 17. März 1920.

Postamt.

Ehrhard.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an dem alten Göttinger Weg in Staffel liegt bei dem unterzeichneten Postamt von heute ab 4 Wochen aus.

Limburg (Bahn), den 19. März 1920

Postamt.

Ehrhard.

Die Holzversteigerung

am 18. d. Mts. im hiesigen Wald, Distr. 3, hat die Genehmigung nicht erhalten. Der Verkauf von 69 Fichtenstämme zu 49 Hm.

endet erneut am

25. März, nachmittags 2 1/2 Uhr

im Gemeindegemücker zu Dorndorf statt.

Dorndorf (Kreis Limburg), den 19. März 1920

Der Bürgermeister:

14/66

J. m. e. l.

Am Dienstag, den 23. März 1920,

abends 8 Uhr

findet im Schillerhalle der „Alten Post“ ein

Vortrag

hat über: „Das Umsatzsteuergesetz“.

Unsere Mitglieder und alle Gewerbetreibende und Handwerker werden hierdurch eingeladen.

9/66

lokale-Gewerbeverein Limburg.

NASSAUISCHE KRIEGSVERSICHERUNG

Letzte Bekanntmachung!

Bei der nunmehr vorzunehmenden Abrechnung werden gemäß § 4 der maßgebenden Bedingungen alle Sterbefälle berücksichtigt, die bis

spätestens 10. April 1920

(d. i. 3 Monate nach Friedensschluß) unter den versicherten Kriegsteilnehmern infolge einer im Kriege erlittenen Verwundung oder erworbenen Krankheit eingetreten sind.

Die mit der Anmeldung ihrer Ansprüche noch rückständigen Hinterbliebenen von gefallenem und versicherten Kriegsteilnehmern werden nunmehr zum letztenmale (vergl. unsere Bekanntmachung vom Juli—August 1919) aufgefordert, ihre Ansprüche unter Einreichung der Anteilsscheine und der großen Landesamtlichen Sterbeurkunde (bei Vermögenden gerichtliche Todeserklärung) umgehend,

spätestens bis zum 24. April 1920

bei uns anzumelden. Ansprüche, die nach diesem Zeitpunkt angemeldet werden, können bei der Abrechnung nicht mehr berücksichtigt werden.

NB. Wer seine Ansprüche bereits angemeldet und die Bestätigungskarte von uns erhalten hat, braucht keine weiteren Schritte mehr zu unternehmen.

Die fällige Leistung der Kasse wird den empfangsberechtigten Hinterbliebenen unter Mitteilung der Abrechnung im Laufe des Monats Mai durch die Post überandt.

1/66

Wiesbaden,

im März 1920.
im April

Direktion der Nassauischen Landesbank

(Abt. Nass. Kriegsversicherung).

D. H. V.

Dienstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr:

Sitzung im Verbandsheim „Deutsches Haus“.

„Bericht über die Krankenkasse-Verwaltungsstelle Limburg“.

Um vollzähliges Erscheinen der Krankenkassen-Mitglieder wird gebeten.

Donnerstag, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr:

grosse Versammlung

im „Deutschen Haus“ (Glashalle). **VORTRAG** des Gauleiters Herrn J. Schellin aus Frankfurt a. M.

Thema: Betriebsräte-Gesetz.

16/66

Zu diesem wichtigen Vortrag werden alle Mitglieder ersucht zu erscheinen.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband Hamburg.

Apollo-Theater.

Montag und Dienstag 6 und 8 1/2 Uhr
letzte Vorstellungen von

— Nero. —

Kaufe

Autobereifung und Ersatzteile,
Personen- und Lastautos

auch defekt.

13/66

Fahrzeug-Industrie Limburg (Lahn)

Nic. Hohn.

Versteigerung.

Mittwoch den 24. März l. Js.,
von vormittags 10 Uhr ab

läßt die Witwe Philipp Bulch wegen Sterbefall und Aufgabe der Landwirtschaft folgendes öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

3 schwere fehlerfreie Fackelröhre (2 leichtbar tragend), Simentaler Kasse, 1 Wagen mit Zubehör, Pflüge, Egge, Walze, fast neue Jauchepumpe, Jauchefäß, Rohrstabenmühle, Hühnermaschine, Getreideeggenmühle, 1 große Waschkübel, Buttermaschine, Kuh- und Fackelgeschirr, allerlei Ketten usw.

Ferner:

zirka 30 Btr. gutes Heu und zirka 40 Btr. Stroh.

Neckeroth, den 20. März 1920

Der Bürgermeister:

K. d. e. i. c. h.

11/66